



**Wer AfD wählt,
wählt Nazis!**

**Unsere Alternative
heißt Solidarität**

Listenplatz 5: Andreas Lichert
Kreisverband Wetterau

Der 42jährige machte sich seit Jahren bundesweit in unterschiedlichen Organisationen der extremen Rechten einen Namen. Er ist Vorsitzender des neurechten Instituts für Staatspolitik um den Verleger Götz Kubitschek, Verwalter des Hausprojektes der rechtsextremen Identitären Bewegung in Halle und arbeitet mit der Bewegung »Ein-Prozent« zusammen. Lichert baut den neofaschistischen Höcke-Flügel in der AfD-Hessen auf und verbindet sie mit den verschiedenen extrem rechten Strömungen.

Listenplatz 12: Alexandra Walter
Kreisverband Groß-Gerau

Dass Frauen in der AfD bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen, zeigt sich auch an der Landesliste. Alexandra Walter ist auf Platz 12 die erste Frau auf der Landesliste, gefolgt von Claudia Papst-Dippel auf Platz 13.

Listenplatz 16: Walter Wissenbach
Kreisverband Main-Kinzig

Der Jurist machte sich im Main-Kinzig-Kreis durch seine verbalen Angriffe auf lokale Gewerkschafter einen Namen, die er als politische Straftäter und Linksextremisten betitelte und zu einer Mahnwache vor dem Hanauer Gewerkschaftshaus aufrief. Immer wieder fällt er durch verbale Ausfälle auf. Zwei lokale Gewerkschafter nannte er in Verbindung mit dem Begriff der »medialen Hinrichtung«.

Die AfD ist keine normale politische Partei. Sie ist eine Bedrohung für die Demokratie. Ziel der AfD ist eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft nach rechts. Rassisten, Neonazis, Anti-semiten und rechte Schläger haben sich in der AfD vereint. Auch in der hessischen AfD arbeiten Neofaschisten und National-Konservative Hand in Hand. Der hessische Landesverband fällt immer wieder durch umstrittene Äußerungen auf. Nach dem gemeinsamen Aufmarsch von AfD und Neonazis in Chemnitz postete die AfD im Hochtaunuskreis, dass Pressevertreter jetzt noch die Chance hätten, sich »vom System abzuwenden und die Wahrheit zu berichten.« Wenn erst einmal die Stimmung kippe, sei es zu spät. Schließlich seien bei anderen Revolutionen Funkhäuser und Presseverlage gestürmt »und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt« worden. Eine Äußerung, die man durchaus als Aufruf zur Lynchjustiz interpretieren könnte. Aber auch die Kandidatinnen und Kandidaten auf der Landesliste bieten Anlass zur Sorge.

Listenplatz 1: Rainer Rahn
Kreisverband Frankfurt

Der Stadtverordnete im Frankfurter Römer schlägt dort regelmäßig aggressive, rassistische Töne an. Damit handelte er sich im November 2017 eine Anzeige wegen Volksverhetzung ein. Zudem beantragte er, städtische Zuschüsse für den Christopher Street Day und mehrere Frauenprojekte zu streichen.

Listenplatz 2: Robert Lambrou
Kreisverband Wiesbaden

Als Stadtverordneter der AfD in Wiesbaden forderte er, die Versorgung der Schulkantinen in der Landeshauptstadt mit Schweinefleisch sicherzustellen. Damit wolle er den vermeintlichen »islamischen Machtanspruch« an Schulen brechen. Gegenüber Pressevertretern äußerte er, Messerstecherei sei ein typisches Delikt von Nordafrikanern.

Listenplatz 3: Klaus Hermann
Kreisverband Wetterau

Gemeinsam mit seinem Co-Vorsitzenden Lambrou bezeichnete er die Kampagne »Keine AfD in den Landtag« als »antidemokratischen Virus«. Als Abgeordneter im Wetterauer Kreistag schloss er zwar jede Zusammenarbeit mit der NPD aus, stellte bezüglich der NPD jedoch klar: »Wenn jemand etwas Wahres sagt, muss man das akzeptieren, auch wenn einem die Partei nicht gefällt.«

Warum die AfD keine Alternative ist

Ein Blick in das Wahlprogramm der AfD zeigt deutlich, dass die Partei nicht die Alternative zur Landespolitik der letzten Jahre ist, sondern ihre Zuspitzung. Zu der Tatsache, dass auch in einem reichen Bundesland wie Hessen Bildungswege noch immer vom Geldbeutel der Eltern abhängen, fällt der AfD nur ein Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem ein. Der soziale Wohnungsbau ist für sie »ein Fass ohne Boden«. Und beim Thema Gute Arbeit stellt sie sich klar auf die Seite von Arbeitgebern, wenn es im Wahlprogramm heißt: »Kleinere Betriebe müssen von (...) einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlastet werden.« Grundsätzlich gilt für die AfD: Privat geht vor Staat. Der Staat hat sich weitestgehend zurückzuhalten. Und das nicht ohne Grund: Wer staatliche Aufgaben wie Kindergärten, Schulen oder Krankenhäuser finanzieren möchte, der muss vor allem große Vermögen besteuern. Da aber traut sich die AfD nicht heran. Der Bundestagsabgeordnete Albrecht Glaser bezeichnet die Millionärssteuer gar als »Gruppendiskriminierung«. Dass aber öffentliche Schulen baufällig werden, während Reiche ihre Kinder in Privatschulen schicken können, scheint die AfD nicht zu stören. Wer eine Alternative zu den landespolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre sein möchte, muss an der sozial ungerechten Umverteilung etwas ändern. Dafür allerdings steht die AfD nicht.

Warum der Protest gegen die AfD notwendig ist

Wenn wir aufhören, gegen die AfD zu protestieren, dann wird die Partei normal. Und wenn die AfD normal wird, dann werden Rassismus und Ausgrenzung normal. Dann wird es normal, dass Neonazis in den Parlamenten sitzen und dann wird normal sein, dass Politik nicht einmal mehr den Anspruch hat, für alle da zu sein, sondern nur noch für diejenigen, die weiß, deutsch und christlich genug sind, um zum Volk dazuzugehören.

Lassen wir uns nicht einreden, es sei undemokratisch, gegen die AfD zu protestieren. Der politische Diskurs schließt das Recht auf Protest mit ein. Und lassen wir uns auch nicht einreden, unser Protest helfe der AfD, sich in der Opferrolle einzurichten. Das Gegenteil ist der Fall: In einem internen Strategiepapier klagt die Partei darüber, dass der massive Protest gegen sie zusätzliche Kosten verursache, aktive Parteianhänger frustriere und die Partei als unwählbar stigmatisiere. Hinzu kommt: Es gibt kein einziges historisches Beispiel dafür, dass Parteien aus Mitleid gewählt werden oder in der Opferrolle an die Macht gekommen sind. Aber es gibt das Beispiel von der NSDAP, die größer wurde und an die Macht kam, weil der Protest gegen sie nicht breit, einig und entschlossen genug war.

Deshalb am 28. Oktober keine Stimme für die AfD!

Warum die AfD in Parlamenten ein Problem ist

Die Präsenz in den Parlamenten hilft der Partei, sich als »normale« Partei zu präsentieren. Sie nutzt die parlamentarischen Ressourcen und die dazu gewonnene Aufmerksamkeit, um den öffentlichen Diskurs weiter nach rechts zu verschieben. Und ihre politische Praxis im Bundestag und in den Kommunalparlamenten zeigt, dass es einen Unterschied macht, ob die Partei in den Parlamenten sitzt oder nicht. So forderte sie in den hessischen Stadt- und Kreisparlamenten fast flächendeckend die Auflösung der kommunalen Ausländerbeiräte.

Im Bundestag ist sie mit folgenden Personen vertreten: Martin Hohmann, der wegen Antisemitismus aus der CDU rausflog, Albrecht Glaser, der die Religionsfreiheit von Muslimen abschaffen möchte, und Jan Nolte, Höcke-Fan und Vorsitzender der JA, der den mutmaßlichen Komplizen von Franco A. bei sich anstellt. Der Bundeswehrsoldat Franco A. hatte sich als Flüchtling ausgegeben, mutmaßlich Munition und Waffen gestohlen, um Anschläge zu verüben. In ihrem Landtagswahlprogramm hetzt sie gegen Muslime, Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten. Sie stellt sich gegen den Familiennachzug und fordert mehr Abschiebungen, geschlossene Abschiebezentren, verdachtsunabhängige Polizeikontrollen. Sie fordert offen, Muslime rechtlich zu diskriminieren. Der Hessische Landtag darf keine Bühne für Rassisten und Neofaschisten werden.

